



EUCDA unterstützt soziale Dimension der Südosteuropäischen Energiegemeinschaft

Brüssel, 30.11.2005

Die Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA), die Vereinigung der Arbeitnehmer der Europäischen Volkspartei (EVP), unterstützt die Position von Kommissar Piebalgs und ermutigt das Europäische Parlament, eine Resolution mit Blick auf den Südosteuropäischen Energievertrag anzunehmen:

„Eine der (...) wichtigsten Aktionen betrifft die Vorbereitung eines Memorandums das die Kommission den Südosteuropäischen Staaten im Hinblick auf die Integration von Belangen des Sozialschutzes vorschlagen will. Dieses Memorandum soll drei Kapitel umfassen. Das erste soll sich mit den sozialen Folgen befassen – Armut in Bezug auf die Energieversorgung, Verpflichtung der Versorgung und sozial gefährdete Kunden. Es soll aber auch mit die Auswirkungen auf die Beschäftigung behandeln und dabei sowohl die Schaffung neuer Arbeitsplätze als auch die Veränderung in den bestehenden Arbeitsplätzen beleuchten. Schließlich soll es auch die schrittweise und sensible Anwendung auf dem Gebiet des ‚acquis communautaire‘ im sozialen Bereich ansprechen, wobei das Prinzip der Konsultation Priorität hat.“

(Auszug aus der Rede von Kommissar Piebalgs auf der EPSU Energie Konferenz, 03-04 November 2005)

Die EUCDA bittet das Europäische Parlament zu definieren dass – in Anlehnung an die Aussagen von Kommissar Piebalgs – das angekündigte Memorandum eine Antwort auf das fehlende soziale Kapitel im Energievertrag bieten muss. Es sollte dabei Bezug nehmen auf die Grundrechte der EU wie auch die relevanten Artikel des sozialen ‚acquis communautaire‘. Insbesondere fordert die EUCDA das Europäische Parlament auf, festzustellen, dass die Versorgung mit elektrischem Strom und mit Gas bezahlbar sein muss, vor allem auch für die sozial gefährdeten Bürger.

Vor dem Hintergrund dass der Energiesektor vor einem Prozess der Restrukturierung steht wird der Soziale Dialog notwendig sein, um geplante Veränderungen zu begleiten. In Übereinstimmung mit der grundsätzlichen Position des Europäischen Parlaments, Demokratie zu unterstützen, tritt die EUCDA für eine breite öffentliche Debatte mit Blick auf die Bedingungen der Privatisierung des Energiesektors ein.

Die EUCDA ermutigt das Europäische Parlament, diese Position in einer Resolution zum Südosteuropäischen Energievertrags festzuhalten.

**Die Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) besteht aus 22 Arbeitnehmerorganisationen aus 16 Ländern und ist eine Vereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP). Verantwortlich: Christoph Weißkirchen, Generalsekretär.
Tel 0032 2 285 4164, Fax 0032 2 285 4141 e-mail: euclidw@epp-eu.org,
homepage: www.euclidw.org**